

Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 23.01. - 27.01.2012

Unser Projekt heißt Zukunft.
Machen Sie mit.



SPD

Inhalt

1. Sozialdemokratische Industriepolitik - Politik für einen neuen Fortschritt
2. Gleiche Bildungschancen für alle Kinder
3. Untersuchungsausschuss gegen Rechts
4. Merkel-Regierung lässt Kommunen beim Zukunftsthema Demografie ALLEIN
5. Niebels Verhalten ist unglaublich
6. Bahninfrastruktur



Sozialdemokratische Industriepolitik - Politik für einen neuen Fortschritt

In dieser Woche haben wir in der Fraktion ein **Positionspapier für Sozialdemokratische Industriepolitik** verabschiedet. Rund fünf Millionen Arbeitnehmer verdienen ihr Geld in der Industrie und 60 Prozent aller Arbeitsplätze in Deutschland hängen direkt oder indirekt von der industriellen Produktion ab. Gerade weil wir in Nordhessen viele Industriebetriebe haben, unterstützen wir diese sozialdemokratische Positionierung. **Industrielle Produktion hat nach wie vor ein großes Gewicht für den Wohlstand in Deutschland, erwirtschaftet rund ein Viertel der gesamten Wertschöpfung und 97 Prozent der Exporte. Das sichert Arbeitsplätze – auch in unserer Region.**

Im Mittelpunkt unserer Strategie steht gute Arbeit, denn ohne das Können und das Engagement von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Unternehmen wäre Erfolg nicht möglich. Mit unserem Positionspapier zeigen wir daher auch Wege auf, um den Fachkräftebedarf zu sichern, den Missbrauch von Leiharbeit zu verhindern und die Mini-Jobs zu reformieren.

Gleichzeitig wollen wir die marktwirtschaftlichen Potenziale der deutschen Industrie und des industriellen Mittelstandes stärken, weil ein starker Mittelstand in Deutschland ein Fundament für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze bildet. Zwingend einhergehen damit muss auch eine grundlegende Reform der Finanzmärkte. Diese sind zwar eine wesentliche Voraussetzung für eine leistungsfähige Industrie und zentrale Voraussetzung für Investitionen, allerdings müssen die entsprechenden Lehren aus den ungezügelter Spekulationen gezogen werden.

Gleiche Bildungschancen für alle Kinder

Wir alle möchten, dass unsere Kinder gute Schulen besuchen und alle Schülerinnen und Schüler dieselben Chancen auf eine gute Bildung bekommen. Das soll auch dann gelten, wenn die Familien, zum Beispiel berufsbedingt, in ein anders Bundesland umziehen. **Die SPD spricht sich deshalb dafür aus, das sogenannte Kooperationsverbot zwischen dem Bund und den Ländern zu überwinden.**



Das damals von der CDU eingeführte und im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot macht eine gute schulische Bildung unserer Kinder bisher zur alleinigen Ländersache. Der Bund hat noch nicht einmal die Möglichkeit, unterstützend zu wirken. Das kann nicht vernünftig sein!

Wir Sozialdemokraten möchten, dass Bund, Länder und Kommunen für gute Bildung zusammenarbeiten. **Konkret schlagen wir einen neuen Grundgesetzartikel 104c vor, der dauerhafte Finanzhilfen des Bundes für Bildung**

ermöglicht. Auf Grundlage von Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Bundesländern soll damit auch eine Ungleichbehandlung der Schülerinnen und Schüler verhindert werden.

Wir hoffen, dass eine Abschaffung des Kooperationsverbotes auf breite Zustimmung und Mehrheiten sowohl im Bundestag als auch in der Länderkammer treffen wird. **Auch mit Blick auf ein neues Ganztags-Schulprogramm wäre ein solcher Schritt mehr als sinnvoll, denn Bundesgeld bleibt häufig an den „klebrigen Fingern“ der Länder hängen.**

Gute Bildung ist ein Grundrecht und legt elementare Grundlagen für das spätere Leben, daher muss es auch gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein:

- **Aufstieg durch Bildung und gleiche Chancen für jedes Kind zu ermöglichen,**
- **Investitionen in Bildung massiv zu steigern,**
- **und frühkindliche Bildung zu fördern.**

Wir könnten Euch noch viele weitere Gründe aufzählen. Das Wichtigste aber ist, dass zum Wohle unserer Kinder Bildungsqualität und Bildungsfinanzierung zur gesamtstaatlichen Verantwortung werden und Bildung als öffentliches Gut begriffen wird.

Untersuchungsausschuss gegen Rechts

Untersuchungsausschuss zur Mordserie der Zwickauer Neonazi-Terrorzelle

Am Donnerstag hat der Bundestag die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Mordserie der Zwickauer Neonazi-Terrorzelle einstimmig beschlossen. Wir erwarten, dass alle Parteien ein Ziel verfolgen: Schonungslos aufklären und Konsequenzen ziehen. Zudem erhoffen wir uns Hinweise für bessere Sicherheitsstrukturen, insbesondere zum internen Austausch zwischen den Behörden. Die Sicherheitsbehörden müssen erklären, warum man 13 Jahre lang nicht bemerkt haben will, dass mindestens zehn Morde begangen wurden. Sicherlich hilft der Ausschuss auch dabei, das Bewusstsein gegenüber den Gefahren des Rechtsextremismus zu stärken, das bisher offenbar nicht überall ausgeprägt genug war. In dem Ausschuss darf es nicht um Parteienstreit, sondern es muss um den Streit für Demokratie und für den Rechtsstaat gehen! Wir hoffen sehr, dass auch die Länder konstruktiv mitarbeiten.

Merkel-Regierung lässt Kommunen beim Zukunftsthema Demografie ALLEIN

In dieser Woche ist auch die Antwort der Bundesregierung – nach sieben Monaten! – zu unserer Großen Anfrage „Handlungsperspektiven und nachhaltige Antworten auf die großen Zukunftsfragen unseres Landes“ (Drucksache 17/6377) endlich gekommen. In einer ersten Einschätzung müssen wir feststellen, dass es eine Aneinanderreihung von einzelnen Vorhaben, viele warme Worte und heiße Luft gibt, aber leider keine Konzepte. Insbesondere das Verhalten der Bundesregierung zur Rolle der Kommunen grenzt an Ignoranz. Sie lässt die Kommunen bei der Bewältigung des demografischen Wandels – vor allem auch finanziell – im Stich. In vielen Passagen wird der „Schwarze Peter“ den Ländern und Kommunen zugeschoben. So verlangt die Bundesregierung zwar innovative und wohnortnahe Lösungen für Infrastrukturprobleme bei der kommunalen Daseinsvorsorge, hilft den Kommunen aber nicht, weder finanziell noch mit strategischen, ressortübergreifenden Partnerschaften.

Der Gipfel der Frechheit ist die Aussage der Bundesregierung, dass die Kommunen durch die Übernahme der Grundsicherung finanzielle Spielräume hätten, die sie für die Gestaltung des demografischen Wandels nutzen könnten. Zudem würden die Haushalte der Kommunen durch den demografischen Wandel weniger belastet, so die Regierung und man würde sogar Einsparpotenzial sehen. Das ist nicht nur frech, das ist auch realitätsfern. Die Kommunen haben angesichts der ständig steigenden Pflichtaufgaben keine finanziellen Spielräume und müssen die Hauptlast für die Daseinsvorsorge vor Ort tragen. Außer der demografischen Entwicklung müssen die Kommunen auch die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz für unter dreijährige Kinder sowie die Kosten für die Inklusion (Teilhabe für behinderte Menschen) stemmen.

Niebels Verhalten ist unglaublich

Wir haben bereits in der letzten Ausgabe der „Aktuellen Hauptstadtinfos“ ausführlich über das unglaubliche Verhalten des „FDP-Job-Vermittlers“ Niebel berichtet. Leider haben sich die

Verdachtsmomente erhärtet, sodass sich die SPD in dieser Woche gezwungen sah, eine „Aktuelle Stunde“ zum Umgang mit Personalangelegenheiten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu beantragen.

Seit Monaten scheint Herr Minister Niebel damit beschäftigt zu sein, sein Ministerium, dass er ursprünglich ganz abschaffen wollte, zu vergrößern und die Abteilungen und Referate zu vermehren, um FDP-Mitglieder mit Posten zu versorgen. Dabei steht besonders die Personalie von Gabriele Büsse-maker, ehemalige FDP-Oberbürgermeisterin von Ettlingen, zur Diskussion. Laut Presseberichten soll die FDP-Politikerin bereits vor Abschluss des Auswahlverfahrens eine Zusage von Niebel erhalten haben. Damit wäre das immerhin 60.000 € teure Auswahlverfahren eine Alibiveranstaltung gewesen und läge nahe an Veruntreuung von Steuergeldern. **Hier hat man jedenfalls den Bock zum Gärtner gemacht!**

Arbeitsfrühstück mit Bahnchef Grube zur Bahninfrastruktur

Bereits um 7:30 Uhr am Donnerstagmorgen traf sich die hessische SPD-Landesgruppe mit Bahnchef Rüdiger Grube, um über hessische Bahnprojekte zu reden. Wir stimmen nicht in die allgemeine Bahn-Schelte ein, denn sowohl Bahnchef Grube, wie auch der Konzernbevollmächtigte für Hessen Vornhusen, informieren stets transparent – sofern man danach fragt. Wir nutzen diese Gelegenheit immer gerne und haben uns insbesondere über **Lärmschutz und Barrierefreiheit** informiert. Bei beiden Themen ist es leider, wie es immer ist: es fehlt das Geld. Obwohl die Bahn bis zum Jahr 2016 in Deutschland 46 Mrd. € investiert, geht leider nicht alles auf einmal. Gerade im Hinblick auf die Barrierefreiheit ist das sehr bedauerlich – denn von den rund 700 Bahnhöfen in Hessen sind erst rund 400 zukunftstauglich. Dafür bietet die Bahn aber weltweit einmalig 1,4 Millionen Schwerbehinderten kostenlose Fahrten in den Nahverkehrszügen.

Beim Lärmschutz ist insbesondere der Güterverkehr das Problem. Die Umrüstung der Wagons mit „Flüsterbremsen“ ist mit rund 2.000 € pro Wagon gar nicht so teuer, benötigt jedoch eine europäische Lösung, denn der Großteil der Wagons stammt aus dem europäischen Ausland. Zudem gibt es Probleme bei der Zulassung der Bremsen, weil das Eisenbahnbundesamt (EBA) sehr „langsam entscheidet“. Dieses Amt muss umorganisiert werden, weil es zum Teil fünf Jahre braucht bis bestimmte neue Züge in Deutschland zugelassen werden.



Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia